

an ihren Lieferanten (Zwischengroßhändler, Großhändler) einzufenden.

Die Zwischengroßhändler und Großhändler haben die von ihnen ausgefüllte und unterschriebene Bestandsliste zusammen mit den bei ihnen eingegangenen Bestandslisten ihrer Kunden nach näherer Anweisung der Zuderverteilungsstelle an folgende Stellen einzufenden:

Die Zwischengroßhändler bis zum 2. November 1919 an ihren Lieferanten (Großhändler), die Großhändler bis zum 10. November 1919 an die Zuderverteilungsstelle.

Bezieht ein Kleinhändler, oder Zwischengroßhändler keinen Zuder von mehreren Lieferanten, so ist die Karte nur an einen derselben einzufenden.

Die Zuderverteilungsstelle behält sich die Nachprüfung der gemeldeten Bestände vor.

Die Kommunalverbände haben die von ihnen benötigte Anzahl Zuderbestandslisten umgehend bei der Zuderverteilungsstelle in Dresden-N., Feldherrnstraße 2, anzufordern.

Zuderhändler, die des Anzeigewesens nicht nachkommen oder wesentlich falsche Angaben machen, werden gemäß § 32 Nr. 6 der Verordnung über den Verkehr mit Zuder vom 17. Oktober 1917 R.-G.-Bl. S. 914 bestraft.

Dresden, den 1. Oktober 1919. 1086 VLA 10
Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt. 10682

Ministerium der Justiz.

In den Ruhestand sind versetzt worden die Landgerichtspräsidenten Dr. Dörbig in Leipzig und Dr. Claus in Zwickau sowie der Vorstand des Amtsgerichts Chemnitz Amtsgerichtspräsident Kaufisch.

Ernannt worden sind die Landgerichtsdirektoren Dr. Kraner und Dr. Wagner in Dresden zu Landgerichtspräsidenten, Dr. Kraner in Plauen, Dr. Wagner in Zwickau.

Versetzt worden sind der Landgerichtspräsident v. Becker in Plauen in gleicher Eigenschaft an das Landgericht Leipzig und der Vorstand des Amtsgerichts Zwickau Geh. Justizrat Leonhardt mit der Dienstbezeichnung Amtsgerichtspräsident an das Amtsgericht Chemnitz.

Ministerium des Innern.

Das Vollstammermitglied Heinrich Lange in Leipzig ist zum Kreishauptmann und Vorstand der Kreishauptmannschaft Leipzig und der Regierungsrat Dr. Gartenstein bei der Amtshauptmannschaft Pirna zum Amtshauptmann und Vorstand der Amtshauptmannschaft Zwickau ernannt worden.

Dem Polizeipräsidenten Koettig in Dresden ist die erbetene Versetzung in den Ruhestand bewilligt und der Amtshauptmann Dr. Grille in Weissen zum Präsidenten der Polizeidirektion Dresden ernannt worden.

Ernennungen, Versetzungen usw. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz. Der Rechtsanwalt Justizrat Johannes Emil Lehmann in Dresden ist zum Notar für Dresden auf so lange Zeit, als er dort seinen Amtssitz haben wird, ernannt worden.

(Ämtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anhangblatt Nr. 2.)

Nichtamtlicher Teil.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Am vergangenen Montag Vormittag hat sich der vom 1. Oktober ab zum Polizeipräsidenten in Dresden ernannte Amtshauptmann Dr. Grille von den juristischen Hilfsarbeitern, Legeanten und Beamten der Amtshauptmannschaft Weissen im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft in ihrer letzten Versammlung verabschiedet. In seinen Abschiedsworten wies Amtshauptmann Dr. Grille darauf hin, daß er nur mit gemischten Gefühlen das neue Amt übernehme, da es ihm schmerzlich sei, Weissen und dem Weisner Bezirk Lebenswohl sagen zu müssen. Regierungsrat Dr. Sievert widmete dem Scheidenden ergreifende Abschiedsworte, für die Amtshauptmann Dr. Grille bewegt dankte und bemerkte, daß diese Worte die größte Anerkennung seien, die ihm überhaupt ausgesprochen werden könne, denn er wisse, daß sie von Herzen kämen, wie sie auch zu Herzen gingen. Hierauf verabschiedete sich Amtshauptmann Dr. Grille von jedem einzelnen Beamten durch Handschlag. Nach der Abschiedsfeier für die Beamenschaft fand die Verabschiedung von den Hilfsangehörigen der Amtshauptmannschaft statt.

Die feierliche Verpflichtung und Einweisung des neuen Herr. Polizeipräsidenten Dr. Grille, des bisherigen Vorstandes der Amtshauptmannschaft Weissen, erfolgte heute Vormittag 10 Uhr im großen Unterrichtssaal des Polizeigebäudes durch Herr. Kreishauptmann Dr. Krug v. Nidda. Es hatten sich hierzu sämtliche juristische Beamte, die Polizeioffiziere, die Polizeiarzte und Vertretungen aller übrigen Beamtengruppen, insbesondere der Kanzlei- und der Vollzugsbeamten der Polizeidirektion und der Landstriminalpolizei, außerdem Vertreter der Presse eingefunden. Nachdem der neue Polizeipräsident vom Herr. Kreishauptmann und Herr. Geh. Regierungsrat Dr. Heyn in den Saal geleitet worden war, ergriß der Herr. Kreishauptmann das Wort zu einer Ansprache, in der er den neuen Leiter der Dresdener Polizei begrüßte und ihn auf die Bedeutung und die Wichtigkeit seines neuen Amtes aufmerksam machte, um ihn dann durch Handschlag zu verpflichten.

Hierauf richtete der neue Polizeipräsident folgende Worte an die Versammlung:

Hochzuverehrender Herr Kreishauptmann, sehr geehrte Damen! Gestanden Sie mir zuerst, daß ich Ihnen, Herr. Kreishauptmann, für die wertvollen und wohlwollenden Worte meines tief empfundenen Dankes sage, mit denen Sie mich in mein neues Amt einzuweihen haben. Sie werden mir Stütze und Ansporn bei Erfüllung meiner hier wartenden Aufgaben sein.

In einer besonders verantwortungsvollen Zeit übernehme ich dieses neue Amt, zu dem mich überraschend schnell die Staatsregierung berufen hat, sodas ich nicht einmal in der Lage gewesen bin, auch nur einigermaßen die Fäden selbst zu lösen, die ich in meiner früheren Stellung in mehr als einer Beziehung geknüpft habe.

Erwarten Sie daher bitte nicht von mir, daß ich heute meinen Bestrebungen eine sekunäre Gestalt gebe, dazu ist die Zeit von vier Tagen, die zwischen meiner Berufung und dem Antritt des Amtes liegen, zu kurz gewesen. Man würde es aber vermutlich auch nicht verstehen, wenn ein Mann, dessen bisherige Verwaltungstätigkeit das Gebiet der Polizeidirektion niemals kreuzt hat, ein Programm entwickeln wollte über Dinge, die er noch nicht kennt, über die er sich vielmehr aus eigener Anschauung erst ein selbständiges vorurteilfreies Bild machen muß. Nur soviel darf ich sagen, daß ich mich von dieser Stunde an mit dem Wirkungskreise der Polizeidirektion fest verbunden fühle und mich ganz zu ihr geistig betreibe. Daran folgt von selbst, daß einerseits mein Bestreben darauf gerichtet sein wird, meine ganze Kraft in den Dienst des neuen Amtes zu stellen und andererseits, daß mein Bemühen dahin gehen wird, frei von bürokratischer Auffassung, durch persönliche Erfahrungnahme mit den mit unterstellten Beamten und Organen deren Vertrauen und damit das Vertrauen des Einwohnervolkes dieser Stadt zu erwerben. Ich betrachte das Vertrauen als das wichtigste Moment für eine gedeihliche Verwaltung des Amtes.

Wenn Sie, Herr. M. G., mit so unbefangenen gegenüberstehen wollen, wie ich es Ihnen und dem neuen Amt gegenüber tue, so wird zwischen uns eine Brücke des Vertrauens geschlagen, die auch in schwierigen Zeiten halten wird. Darauf kommt es an, auf die anhängige Gesinnung, die sich gründet auf gegenseitige Achtung und Würdigung in dem Boden der Berufsetreue, die aber Kleinigkeiten und Nebenächlichkeiten das große Ganze nicht verdirbt, dessenwegen die Polizei da ist. Die Polizei dient nicht einer einzelnen Partei, sie ist auch nicht da zum Schutze der Politik, sondern zum Schutze der öffentlichen Sicherheit. Sie sind Beamte, Herr. M. G., der Beamte hat besondere Rechte, aber auch besondere Pflichten, in erster Linie die Pflicht, seine persönlichen Wünsche dem allgemeinen Interesse unterzuordnen und seine ganze Kraft und Zeit in den Dienst des Amtes zu stellen.

Die Erfüllung dieser Pflicht scheint mir gerade in der gegenwärtigen Zeit das besondere Gebot der Stunde zu sein, wo die Bevölkerung, der Aufregungen und Unruhen vergangener Tage überdrüssig, sich nach Ruhe und Ordnung lehnt und in den Organen der Polizei diejenigen Stellen erblickt, und wohl auch erblickt darf, welche ihr die Sicherheit dieses Gefühls verbürgen.

Sollten in dem gewaltigen Beamtenkörper der Polizeidirektion Geringfügige nicht ausbleiben, so habe ich keine größere Hoffnung und keinen besseren Wunsch, als daß ich als der Vorstand dieser Behörde von allen Seiten als diejenige Stelle angesehen und erachtet werde, an der jedes berechtigste Interesse wohlmeinendeste Besätze antrifft und das Bestreben, einen billigen Ausgleich der Gemütslage zu finden.

Au Sie alle meine Herren Juristen, Mitarbeiter, Offiziere und Beamte der Bureau, des Sicherheits-Kundendienstes richte ich die Bitte, mit Ihrer bewährten Hilfe nicht zu verziehen. Auf Ihre aller tatkräftige Unterstützung bin ich in erster Linie angewiesen, wenn ich meine Aufgaben erfüllen will. Ich rechne auf Ihren unermüdbaren Fleiß und die treue Hingabe an das Ihnen gestellte Arbeitsgebiet. Erwideln Sie aber in mir nicht nur Ihren Vorgesetzten, sondern auch Ihren Freund, der Ihren persönlichen Interessen ein warmes Herz entgegenbringt will.

Ein besonderer Gruß gilt der Weisze, auf deren freundliche Unterstützung ich um so mehr rechne, als ich mit ihr bei der Führung meines Amtes in enger Fühlung bleiben möchte. Im Vertrauen auf Gottes Beistand und bauend auf die alte Wahrheit, daß, wo ein ehrlicher Ister Will vorhanden ist, sich auch ein Weg finden wird zum Ziele, trete ich mit frischem Mut und Freude an meine neue Aufgabe heran. Möchte meinem Wirken der Erfolg nicht fehlen.

Sodann begrüßte der Stellvertreter des Polizeipräsidenten Herr. Geh. Regierungsrat Dr. Heyn im Namen der Beamenschaft den neuen Vorgesetzten mit herzlichsten Worten, versicherte ihm des Vertrauens und der treuen Mitarbeit der Beamten und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen möge, die hohe Aufgabe der Polizei, die Gewährleistung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit, auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen durchzuführen. Im Anschluß hieran wurden dem Herrn. Polizeipräsidenten die anwesenden Beamten vorgestellt.

Deutsches Reich.

Die Heimförderung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 30. September. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Bei der deutschen Waffenstillstandskommission ging eine neue Note der englischen Waffenstillstandskommission ein, in der erklärt wird: die Heimführung der deutschen Gefangenen aus Ägypten werde in Kürze beginnen und die Heimführung aus den anderen britischen Kolonien sei in die Wege geleitet worden. Eine britisch-deutsche Unterkommission zur Regelung der verschiedenen Schiffsfragen wird nicht für nötig erachtet.

Die Räumung des Baltikums.

Riga, 30. September. Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland befördert worden. Russische Truppen haben in Kurland die Sicherung gegen Riga übernommen und die Deutschen abdrückt. In der letzten Nacht fanden zwischen lettischen und russischen Truppen Patrouillengefächte statt.

Zur Abstimmung in Nordschleswig.

Berlin, 30. September. Nach einem Telegramm aus Apenrade hat in einer Sitzung des Vorstandes des nordschleswigschen Wählervereins Minister Hansen u. a. mitgeteilt, die dänische Regierung habe die internationale Kommission gebeten, die erste Zone nach Befragung des Abstimmungsresultates beizugeben zu dürfen. Zur Abstimmung in Schleswig wurden die Wünsche der Bevölkerung und die Notwendigkeit betont, daß der dänische Staat und das dänische Volk bedeutende Opfer bringen.

Die Beratungen des Reichsrates.

Berlin, 30. September. In seiner heutigen Sitzung stimmte der Reichsrat zunächst einem vom Volkswirt-

schaftsamt des Nationalratens angenommenen Entwurfs einer Verordnung über während des Betriebsjahres 1919/20 zugulassende Abweichungen vom Gesetz über das Branntweinmonopol zu. Zum Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zuder erklärte der Berichtstatter Ministerialdirektor Schneehaupt, daß noch nicht halb soviel Zuderzucker angebaut wurden wie im letzten Friedenswirtschaftsjahre. Daher könne man nur mit einer Zudererzeugung von 8 bis 9 Mill. da rechnen. Die Zudererzeugung solle zum Zwecke des Antriezes zum Anbau durch Preiserhöhungen gebessert werden. Wegen die Preiserhöhungen für die bayerische Vertreter aus, daß sie den berechtigten Anwalten der Verbraucher hervorrufen würden. In gleichem Sinne äußerten sich die Vertreter anderer Regierungen.

Die Höhe des Notetats.

Berlin, 30. September. Der Nationalratensammlung ist heute der Notetat zugegangen, in dem u. a. 133 334 000 M. zur Gewährung von Kriegsernährungszulagen an Beamte, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene angefordert werden, ferner 1,4 Milliarden M. für die Verwaltung des Reichswehres, des Reichsmilitärgerichts, der Reichsmarine und für das Kommando der Schutztruppen, sowie 15 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für den Wiederaufbau, sowie für einige Auswendungen aus Anlaß des Krieges. Der Notetat wurde in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses angenommen.

Keine Verringerung der Heeresausgaben.

Berlin, 30. September. Im Haushaltsausschuß der Nationalratensammlung erklärte der Reichswehrminister, daß die beabsichtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Der Minister ging dann auf die Verhältnisse in Kurland näher ein und gab der Hoffnung Raum, daß die zurückberufenen Mannschaften (Ehrentageziehung und Verlust der Versorgungsansprüche) den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückkehren würden. Wie die in russische Dienste übergetretenen Mannschaften zurückgeholt werden könnten, dafür wisse er keinen Weg.

Die Beratungen des Kleinsten Ausschusses der Nationalratensammlung.

Berlin, 30. September. Der Kleinsten Ausschuß der Nationalratensammlung hielt heute eine Sitzung ab, um die Geschäftslage zu beraten. Nach der Interpellation Heine über die Balutafrage soll die der Demokraten über die Kleinwohnungsfrage zur Behandlung kommen. Weiterhin soll der Bericht des Hauptauschusses über die Zukunft der Heeresbetriebe zur Erörterung gestellt werden. Wenn die Ergänzungen zum Haushaltsplan vollständig eingegangen sind, sollen diese behandelt und der gefaßte Haushaltsplan etwa bis 21. Oktober fertiggestellt werden. Die Reichseinkommensteuer soll inzwischen zur ersten Leistung gebracht und dann in den Ausschüssen auch während der zweiten Hälfte, die am 21. Oktober auf drei oder vier Wochen eintritt, weiterbehandelt werden. Über die Erledigung der Steuerfrage konnte ein Bericht noch nicht gefaßt werden. Wegen der ungünstigen Fahrverbindungen werden die Montage und Sonnabende nicht freigelassen werden.

Eine Denkschrift zur Balutafrage.

Berlin, 30. September. In der der Nationalratensammlung vom Reichsfinanzminister zugestellte Denkschrift zur Balutafrage wird zunächst ein Überblick über die Balutabewegung während der Kriegsjahre gegeben, worauf die Gründe für den Zusammenbruch der deutschen Baluta dargelegt werden. Die Denkschrift schließt mit einem Überblick über die geplanten neuen Maßnahmen zur Hebung der Baluta und nennt als solche neben innerer Ruhe und Ordnung unerlässlich geregelte Arbeit, strengste Sparsamkeit, bessere Regelung der Einfuhr nach den Bedürfnissen Deutschlands, Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen, Kontrolle des Finanzministeriums über alle staatlichen und kommunalen Finanzgeschäfte mit dem Auslande, Studium der Frage einer großen internationalen Anleihe für die Länder mit entwerteter Baluta, Regelung der schwebenden und Eröffnung neuer Balutakredite, Beschaffung der Rohstoffe für die Industrie durch Kredite oder gegen besondere Zahlungsleichterungen und Beendigung der die Baluta so ungeheuer schädigenden Kapital- und Steuerflucht.

Die Prüfung der Schuldfrage des Krieges.

Berlin, 30. September. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalratensammlung zur Prüfung der Schuldfrage des Krieges beschloß, eine Reihe von Unteransuchen einzufordern, die einzelne Punkte besonders unteruchen, wie die Völkerrechtsfrage, die belgische Angelegenheit, die Maßnahmen gegen Zivilpersonen im besetzten Gebiet, die armenische Frage usw.

Kein Werbebureau für die deutsche Reichswehr in Wien.

Berlin, 30. September. Nach einer Wiener Blättermeldung soll angeblich ein Werbebureau für die deutsche Reichswehr in Wien bestehen. Von einer derartigen Einrichtung ist dem Reichswehrministerium oder der Reichswehrbefehlshaberstelle nichts bekannt. Alle Gesuche von Deutsch-Österreichern um Belassung im Heeresdienste oder Neueinstellung in die Reichswehr mußten im Interesse der reichsdeutschen Heeresangehörigen abgelehnt werden. Zudem sind schon seit Anfang August jegliche Werbungen und Neueinstellungen für die Reichswehr in Deutschland verboten.

Polnische Grenzverletzungen.

Breslau, 30. September. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit, daß bei Wilmersdorf südlich Großgörsch und Lublau-Lublinij uniere Verstärkungen von polnischen Banden angegriffen, die Banden aber verjagt wurden.

Die Beratungen über die oberösterreichische Frage.

Berlin, 30. September. Im Abgeordnetenhause fand heute nachmittag eine Besprechung der schlesischen Abgeordneten mit der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung über die oberösterreichische Frage statt. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Hirsch. Minister des Innern Heine erklärte sich im Namen der preussischen Staatsregierung damit einverstanden, daß dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Oppeln, Geh. Justizrat